Rahmenabkommen Schweiz EU hinsichtlich CE!

Verfasser: Toni Wermelinger Ruswil im Juni 2021

Ein Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU wäre für unsere KMU vorteilhaft. Die CE-Selbstzertifizierung ist Bestandteil der Bilateralen Verträge Schweiz/EU! CE ist die Abkürzung für Conformité Européenne. Durch die CE-Kennzeichnung von Produkten erklärt der Hersteller in der Europäischen Union, dass ein bestimmtes Produkt den geltenden Normen der EU entspricht, beispielsweise den Richtlinien für Maschinenbau, Elektrotechnik, Medizinaltechnik usw.! Durch die Bilateralen können Schweizer KMU gleichberechtigt am Europäischen Markt teilnehmen, d.h. CE zertifizieren und das CE-Zeichen verwenden. Konzernen ist dies egal, weil die ohnehin international vernetzt sind! Früher hatte jedes Land eine eigene, amtliche Zertifizierung, so auch die Schweiz, aber die wurde im Ausland nicht akzeptiert. Die EU hat diese Vorgänge für KMU massiv vereinfacht und in der EU vereinheitlicht! Ohne ein Rahmenabkommen ginge dies zukünftig nur über eine Geschäftsstelle in der EU. Und genau das können sich viele KMU nicht leisten; dies wäre insbesondere für Jungunternehmen, wie STARTUPS, eine unüberbrückbare Hürde, international aktiv zu sein. Etablierte KMU würden gegebenenfalls zukünftig Innovationen und Investitionen vermehrt in die EU verlegen, was sie ohnehin schon praktizieren. Ja, das Nein der Schweizer Regierung zum Rahmenabkommen ist ein Affront gegen exportierende KMU und deren Zulieferanten. KMU haben keine Lobby aber beschäftigen viele qualifizierte Arbeitnehmer/innen!

Den Bettel einfach hinwerfen ist ein Zeichen der Schwäche, so Jean-Claude Juncker!

Nach meiner Meinung ist schwach, dass nach 7 Jahren Verhandlung ein Scherbenhaufen (Fehlentscheid) vorliegt und kein Rahmenabkommen (mit gegebenenfalls offenen Punkten zum Nachverhandeln)! Schweizer Politiker inszenieren ein gefährliches Schau-Spielchen vor dem Volk, wohlwissend, dass mit destruktiven «Fake News» Wahlen und Abstimmungen gewonnen werden, und nicht mit konstruktiven Fakten. Zwei Gründe rechtfertigen diesen Scherbenhaufen: entweder verstehen die Entscheidungsträger/innen nichts von CE oder sie haben Angst von den eiskalten Machenschaften abgebrühter Parteistrategen; weil, einen dritten Grund gibt es nicht! Das heisst: Angst vor Parteistrategen, welche die Volksmeinung stets zu Ihren Gunsten manipulieren. Speziell bei der KMU-Basis beschädigt dieser Entscheid der realitätsfernen Elite nachhaltige Beziehungen in einem enorm feinmaschigen und sensiblen Netzwerk von Synergien, zwischen unseren bodenständigen KMU und den langjährigen Partnern/innen in der EU. Nun ist die vielzitierte Kreativität der KMU ausgereizt, es geht an die Substanz. Und, wie soll dann die Schweiz zukünftig zertifizieren, CE ist längst weltweit respektiert! Der Fragenkatalog wird lang, vereinfachende und destruktive Schlagworte von gewissen Parteistrategen ergeben keine brauchbaren Antworten, es muss ja geordnet weitergehen! Ohne Produkte-Zertifizierung ist es in der Schweiz, in der EU und in jedem anderen Land verboten Maschinen und Geräte zu verkaufen. Möchten Sie mehr zu CE wissen, dann wählen Sie doch meine Homepage: **www.wertech.ch**

Schweizer KMU arbeiten mit der EU sehr erfolgreich und man versteht sich ausgezeichnet! Auch eine mit der EU fair kooperierende Schweiz könnte – selbst ohne Beitritt – attraktiv sein! Alternativen wie Asien, Indien, USA, Russland usw. sind für viele KMU utopisch, wegen: Normen, Gesetzen, Vorschriften, Gerichtsbarkeit, Urheberrechten, Sprachen, Produkthaftpflicht, Zertifizierung, Sicherheit, Gewährleistung, Rechtssicherheit, Rechtsverständnis, Kommunikationskultur, Zulassungs-Bewilligungen, Distanzen, Spedition, Administration, Zahlungsverkehr und Akquisitionen. Und die verlangen oft CE-zertifiziert - als Bedingung -, weil CE weltweit führend ist, mit hohem Ansehen! Deshalb würde ein Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU schweizer KMU weltweit vorteilhaft positionieren. Warum denn in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah; auf dem Mars gibt es noch keine Geschäftspartner! Man sollte nicht an dem Ast sägen, auf dem man sitzt.

Zitat eines Einkäufers in der EU: Mit der Schweiz wird es langsam aber sicher zu kompliziert, die Bürokratie und der Papierkrieg zu aufwändig, die Produkte zu teuer; weil: andere Länder sind auch gut!

Fazit: Der einzige Schlüssel zum Abbau von internationalen Handelshemmnissen heisst CE!

Siehe auch folgenden Link zum Rahmenabkommen von Professor Dr. Thomas Cottier:

Rechtsprofessor: Bundesrat handelte verfassungswidrig

Artikel aus der **«SonntagsZeitung»** vom 4. Juli 2021

Bundesrat wird Verfassungsbruch vorgeworfen

Eine Studie des renommierten Rechts-Professors Thomas Cottier beflügelt die EU-Freunde. Eine Volksinitiative für ein Rahmenabkommen mit der EU ist jetzt «so gut wie sicher»

Mischa Aebi und Denis von Burg

Mischa Aebi und Denis von Burg

Der Bundesrat hätte die Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU nicht ohne Zustimmung des Parlaments abbrechen dürfen, der Entscheid sei verfassungswidrig. Zu diesem überraschenden Schluss kommt ein Gutachten des renommierten Rechtsexperten Thomas Cottier. Cottier ist emeritierter Professor für internationales und europäisches Wirtschaftsrecht. Er war Direktor des Worldtrade-Instituts der Universität Bern. Und er führte für die Schweiz unter anderem die offiziellen WTO-Verhandlungen.

Cottiers Gutachten wurde diese Woche im Fachmagazin «Jusletter» publiziert. Darin heisst es, dass der Entscheid des Bundesrates nicht «nur der Abbruch einer spezifischen Verhandlung, sondern eine europäische Grundentscheidung und Weichenstellung für die Schweiz» gewesen sei. Sie «könnte grundlegender kaum sein». Die Bundesverfassung verlangt laut Cottier, dass solche Entscheide «gemeinsam und mit Abstimmung der eidgenössischen Räte» getroffen werden. Cottiers Fazit: Der Bundesrat habe die Äusserungen der zuständigen Parlamentskommissionen «ignoriert». Er habe Mitbestimmungsrechte «der Bundesversammlung in der grundlegenden Ausrichtung der Europapolitik missachtet». Laut dem Professor hat der Bundesrat gleich drei Verfassungsartikel und das Parlament verletzt.

[22] Mit seinem Vorgehen hat der Bundesrat die Partizipationsrechte des Parlamentes in der Formulierung grundlegender Entscheidungen der Aussenpolitik verletzt. Er hat damit seine verfassungsrechtlichen Pflichten nicht wahrgenommen und mit seinem *alleinigen* Entscheid ohne angemessene Mitgestaltung durch die Bundesversammlung eine Entscheidung ausserhalb seiner eigenständigen Kompetenzen der *domaine reservée* und damit *ulta vires* getroffen. Der Bundesrat

Sieht Rechte verletzt: Thomas Cottier und sein Gutachten Foto: Keystone

Bundesrat mit schärfster Waffe in die Schranken weisen

Das Parlament habe nun nicht nur das Recht, sondern «die Pflicht», dies zu korrigieren. Cottier nennt die Instrumente, mit welchen National- und Ständeräte den Entscheid des Bundesrates rückgängig machen müssen. Sie reichen laut dem Rechtsexperten von einer parlamentarischen Initiative bis hin zur schärfsten Waffe des Parlaments: einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK).

Cottier sieht nicht nur die Rechte des Parlamentes, sondern insbesondere die Volksrechte verletzt. Anders als etwa die SVP ist Cottier überzeugt, dass das Rahmenabkommen die direkte Demokratie nicht unterlaufen, sondern ausdrücklich «respektiert» hätte. Ausgehebelt wurde die direkte Demokratie laut Cottier vielmehr mit dem von der SVP bejubelten Bundesratsentscheid. Denn mit dem eigenmächtigen Abbruch der Verhandlungen habe der Bundesrat dem Volk das direktdemokratische Recht eines Referendums und damit die Möglichkeit, in einer so wichtigen Angelegenheit selber zu entscheiden, vorenthalten.

Für EU-nahe Kreise in der Schweiz wie etwa die Operation Libero ist Cottiers juristisches Traktat ein Startsignal im Kampf um ein neues Rahmenabkommen. «Das ungeregelte Verhältnis mit der EU ist das grösste strukturelle Problem der Schweiz», sagt Operation-Libero-Sprecher Stefan Schlegel. Weil er aber nicht dran glaubt, dass das Parlament die von Cottier postulierte rechtliche Pflicht wahrnimmt, will die Operation Libero auf anderem Weg dafür sorgen, dass die direktdemokratischen Rechte des Volkes gewahrt bleiben. Schlegel sagt: «Es ist so gut wie sicher, dass es eine Volksinitiative zum Verhältnis zur EU geben wird.» Offen sei bloss noch, ob es schliesslich «unsere Version ist oder die einer anderen Organisation».

Die Operation Libero hat laut Schlegel mittlerweile zwei Varianten einer Volksinitiative für ein neues institutionelles Abkommen ausgearbeitet. Die erste Version verlange, dass der Bundesrat einen Vertrag mit der EU aushandelt, welcher die Möglichkeit für eine weitergehende Beteiligung am EU-Binnenmarkt schafft. Die zweite geht noch weiter. Sie sieht laut Schlegel «vertiefte Beziehungen mit der EU über den Binnenmarkt hinaus vor – zum Beispiel auch mehr Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit im Bereich Klima».

Die Sache nicht auf die lange Bank schieben lassen

Operation Libero hat in ihren Entwürfen eine Klausel eingebaut, die sicherstellt, dass der Bundesrat die Sache nicht auf die lange Bank schieben kann: Die Initiative werde «eine Frist setzten, binnen welcher der Bundesrat ein Abkommen aushandeln und Parlament und Volk unterbreiten muss». Das Volk müsse das letzte Wort haben können. Gleichzeitig will Operation Libero verhindern, dass der Bundesrat mit einer tickenden Uhr im Ohr verhandeln müsse. Man werde eine Formulierung einbringen, die den Bundesrat bei den Verhandlungen mit der EU nicht unter zeitlichen Druck setzt, sagt Schlegel.

Auch für die Neue Europäische Bewegung ist inzwischen laut deren Präsident, SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, «klar, dass es eine Europainitiative braucht und die Europäische Bewegung einen Vorschlag ausarbeiten wird». Nussbaumer: «Cottier hat absolut recht. Der Abbruchsentscheid des Bundesrates war verfassungswidrig. Es braucht eine Korrektur.» Allerdings glaubt Nussbaumer nicht daran, dass im Parlament eine Mehrheit für einen konkreten Vorschlag zu finden sei oder der Bundesrat nach der angekündigten Lageanalyse im Herbst gar selbst einen Neuanlauf für eine institutionelle Lösung präsentieren werde. «Im Herbst werden wir deshalb einen Initiativvorschlag präsentieren. Die Überlegungen gehen in Richtung EWR oder EU-Beitritt.»

PDF-Download